C2

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **Soziale Gerechtigkeit**

Text

In einer reichen Gesellschaft wie der unseren darf Armut nicht hingenommen werden, und doch ist sie auch in Dortmund für viele Menschen bittere Realität. Armut bedeutet nicht nur, wenig Geld zu haben. Sie schränkt das Leben in allen Bereichen ein: bei Bildung, Gesundheit, Wohnen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie betrifft Kinder, Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit Behinderung, Senior*innen, Geflüchtete und viele weitere, oft unsichtbar und dennoch mitten unter uns.

Wir wollen, dass soziale Sicherheit nicht als Ausnahme, sondern als Grundrecht verstanden wird. Jeder Mensch in Dortmund soll in Würde leben können, ganz unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter oder Aufenthaltsstatus.

Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Armutsbekämpfung ein, die Ursachen strukturell angeht. Dazu gehören faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und bezahlbarer Wohnraum ebenso wie bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote. Wir wollen Chancen für Kinder verbessern, Bildungsungleichheiten abbauen und Hilfesysteme stärken. Armut im Alter, insbesondere bei Frauen, darf kein gesellschaftlicher Normalzustand sein.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Prävention von Wohnungslosigkeit. Denn Wohnungsverlust ist oft vermeidbar, wenn rechtzeitig Unterstützung greift. Gleichzeitig kämpfen wir für einen menschenwürdigen Umgang mit obdach- und wohnungslosen Menschen. In den letzten Jahren hat es in Dortmund zu viele Todesfälle gegeben. Das darf sich nicht wiederholen und wir dürfen niemals wegschauen. Niemand soll gezwungen sein, auf der Straße zu schlafen, sondern Unterkunft, Schutz, Hilfe und Perspektiven erhalten.

Zur sozialen Sicherheit gehört für uns auch eine humane Drogenpolitik. Wir lehnen eine Politik der Verdrängung und Kriminalisierung ab und setzen stattdessen auf Gesundheitsversorgung, Prävention, Beratung und Schutzräume.

Unser Ziel ist ein Dortmund, das niemanden zurücklässt – eine solidarische Stadt, die allen Menschen Schutz, Perspektive und Teilhabe bietet.

Für eine Stadt, die Armut bekämpft

Wir sind eine der reichsten Gesellschaften der Welt und dennoch leben in Dortmund viele Menschen in Armut. Armut bedeutet mehr als nur finanzielle Not. Sie schränkt Teilhabemöglichkeiten ein, gefährdet die Gesundheit und verbaut Zukunftschancen – besonders für Kinder. Denn jedes dritte Kind in Dortmund lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Die bisherigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung greifen zu kurz. Wir wollen Armut an der Wurzel packen und nicht nur ihre Symptome bekämpfen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen ein würdevolles Leben führen können und niemand zurückgelassen wird. Soziale Sicherheit ist ein Grundrecht und die Basis für echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daran wollen wir die Politik in unserer Stadt ausrichten.

Wir werden

- Kinderarmut entgegenwirken, indem wir frühkindliche Hilfe verbessern und Betreuungsangebote insbesondere in belasteten Stadtbezirken ausbauen sowie kostenfreie Sportangebote schaffen und bei der benötigten Ausstattung unterstützen.

- mehr Chancengleichheit im Bildungsangebot schaffen, indem wir Ungleiches ungleich behandeln und Gelder und Ressourcen effektiver in den Kitas und Schulen bündeln, in denen sie am dringendsten benötigt werden, um Kinderarmut effektiver vorzubeugen.

- Auswirkungen von Kinderarmut in der Schule durch eine tägliche kostenlose Mahlzeit sowie den Ausbau des gebundenen Ganztags nach Sozialindex reduzieren.

- uns gegen Altersarmut speziell bei Frauen einsetzen, indem wir Plätze für Kinderbetreuung ausbauen und Hürden abbauen, die Frauen von einer Vollzeitbeschäftigung abhalten.

- das Sozialamt effizienter machen und damit die Kapazitäten ausbauen, um Wartezeiten bei Sozialleistungen und Beratungsangeboten zu verkürzen.

- uns dafür einsetzen, dass die Kontoführungsgebühren und weitere Gebühren bei der Sparkasse für bestimmte Gruppen wie Bürgergeldempfänger*innen und Geflüchtete erlassen werden.

- das Deutschlandticket Sozial beibehalten und auf 29 € pro Monat vergünstigen.

- uns gegenüber DSW21 und VRR dafür einsetzen, dass das Fahren ohne gültigen Fahrschein nicht länger als Straftat verfolgt wird.

- das Angebot der Vergünstigungen durch die Dortmund-Karte erweitern und immer möglich eine schnellere und automatisierte Aus- und Zustellung der Dortmund-Karte erreichen.

- uns für eine gute Kommunikation zu Sozialleistungen und Angeboten einsetzen, damit alle Menschen in Dortmund über ihre Ansprüche, Vergünstigungen und zusätzliche Angebote informiert werden.

Für Arbeit statt Ausgrenzung

Erwerbsarbeit bedeutet mehr als nur Broterwerb. Sie gibt Struktur, Sinn und gesellschaftliche Teilhabe. Wir stehen für eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen in den Mittelpunkt stellt und niemanden zurücklässt. In einer sich wandelnden Arbeitswelt wollen wir Sicherheit bieten und gleichzeitig neue Perspektiven eröffnen. Zu viele Menschen werden noch immer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen – sei es aufgrund von Behinderungen, Sprachbarrieren, Erwerbsminderungen, Krankheit, Altersdiskriminierung oder fehlender (formaler) Qualifikation. Wir wollen Barrieren abbauen und Vielfalt als Stärke begreifen. Wir wollen ein würdevolles Auskommen für alle garantieren, die Hilfesysteme an die Lebensrealitäten der Menschen anpassen und Unterstützung zur Arbeitsaufnahme bieten.

Wir werden

- die Umsetzung und Ausweitung der Kommunalen Arbeitsmarktstrategie 2030 unterstützen, um die Arbeitslosenquote perspektivisch auf unter 8 % zu senken.

- Jugendarbeitslosigkeit auf ein Minimum reduzieren.

- Projekte unterstützen und ausbauen, die Jugendliche und junge Erwachsene im Übergang von der Schule in einen Beruf unterstützen.

- Angebote schaffen, die bei besonderem Bedarf Ausbildungskosten übernehmen.
- die Ausbildungsbegleitung der Wirtschaftsförderung stärken.
- Beratungs- und Qualifizierungangebote für Arbeitslose ausweiten, um Potenziale gezielter zu erkennen und zu fördern.
- in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit die Maßnahmen für Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslosigkeit ausbauen und dabei das Ziel einer attraktiveren Vergütung verfolgen.
- Projekte und Initiativen unterstützen, die Angebote für Langzeitarbeitslose machen, die sich an den Bedürfnissen der Teilnehmer*innen orientieren.
- Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose stärken, die sowohl berufliches Basiswissen und digitales Grundwissen als auch gezielte Weiterbildungen umfassen.
- im Rahmen der Gesetzgebung auf Bundesebene individuelle Arbeits- und Qualifikationsangebote für geflüchtete Menschen schaffen.
- die Unterstützung des Jobcenters zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ausbauen.
- Aktionsbüros des Jobcenters und ähnliche Einrichtungen ausbauen.
- Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt abbauen, indem wir die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Unternehmen, Handelskammern und lokalen Akteuren stärken, um zum Beispiel altersgerechte Einstellungsverfahren zu fördern, Weiterbildungen für über 50-Jährige anzubieten und spezielle Jobmessen oder Online-Portale für ältere Arbeitsuchende zu organisieren.
- damit altersgemischte Teams in kommunalen Betrieben stärken und die Interessenvertretung älterer Arbeitnehmer*innen durch Kooperationen mit Gewerkschaften, Seniorenräten und sozialen Einrichtungen unterstützen.

Für eine menschliche Drogenpolitik

Die Dortmunder Drogenpolitik soll die Menschenwürde wahren. Wir lehnen es ab, drogenkranke Menschen zu stigmatisieren, zu kriminalisieren, auszugrenzen und zu vertreiben. Im Zentrum GRÜNER Politik steht dagegen eine Drogenpolitik, die auf Prävention, konkreten Hilfen für drogenabhängige Menschen, einer

Entkriminalisierung und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Wir betrachten das Züricher Modell als Vorbild und setzen auf Prävention, Früherkennung und Frühintervention sowie auf Therapien zur Begleitung von Entzug bis zur gesellschaftlicher Wiedereingliederung, Nachsorge und nachhaltiger Selbsthilfe. Wir betreiben Schadensminderung bei Betroffenen durch Konsumräume, Drugchecking, gesundheitliche Versorgung sowie aufsuchende Sozialarbeit. Repressionen werden dabei nicht gegen Drogenkranke eingesetzt, sondern im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität.

Wir werden

- Prävention durch Aufklärungsangebote und Sensibilisierung u.a. in Schulen schaffen und Maßnahmen zur Früherkennung und Frühintervention ergreifen.
- Drogenhilfe an Orten anbieten, die von Betroffenen ohnehin aufgesucht oder die niedrigschwellig zugänglich sind.
- den aktuellen Drogenkonsumraum-Standort erhalten und um einen zweiten, zentrumsnahen Konsumraum erweitern sowie die Öffnungszeiten weiter ausbauen.
- diese Angebote durch kleinere, dezentrale Konsumorte ergänzen und damit Drogenhilfe an den Orten schaffen, wo die Betroffenen sich aufhalten.
- dabei auch einen Drogenkonsumort als Safer Space für Frauen schaffen, auch um Gewaltprävention und spezielle Hilfsangebote für Frauen adressieren zu können.
- dabei auch den Wohnortnachweis dauerhaft abschaffen.
- das Angebot an Spritzenautomaten erweitern, um Krankheiten durch verschmutztes Konsumbesteck zu verhindern.
- eine Diamorphin-Ambulanz als Ergänzung der Hilfsangebote einrichten.
- mehr Beratungsplätze bei der suchtmedizinischen und psychiatrischen Versorgung, bei psychosozialen Beratungen sowie stationären Behandlungen schaffen.
- die Medienkompetenz junger Menschen stärken, damit sie Werbung für Alkohol und andere legale Drogen kritisch hinterfragen können.
- Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin auf städtischen Werbeflächen

ausschließen.

- Monitoring & Drug-Checking durchführen (kostenlose und straffreie Prüfung der Drogen durch die Drogenhilfe, um Überdosierungen zu vermeiden und Schadstoffe zu identifizieren), um stets ein aktuelles Lagebild über das quantitative Vorkommen von Substanzen zu haben.

Für Wohnraum statt Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit beginnt oft schleichend und kann jede*n treffen. Mietschulden, Jobverlust, Trennung, häusliche Gewalt gegen Frauen oder Krankheit – die Ursachen sind vielfältig. Die Wege in die Wohnungslosigkeit wären oft durch ein besseres staatliches oder kommunales Auffangnetz vermeidbar. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Wohnungslosigkeit vorzubeugen, soziale Sicherheit zu stärken und Betroffenen schnell und unbürokratisch zu helfen. Unser Ziel ist eine Stadt, in der niemand ohne ein menschenwürdiges Zuhause leben muss. Damit wollen wir das Ziel der EU, die Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden, auch in Dortmund verfolgen.

Wir werden

- den „Housing First“-Ansatz stärken, bei dem Menschen direkt eine Wohnung ohne Vorbedingungen erhalten, der auf GRÜNE Initiative bereits in Dortmund eingeführt wird.

- kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken, insbesondere zum Bau von Sozialwohnungen.

- Wohnraumverlust verhindern, indem wir ein Frühwarnsystem in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen und Energieversorgern bei Miet- und Energieschulden aufbauen und uns für Sozialarbeiter*innen in Wohnungsunternehmen einsetzen, die gezielt Beratungsarbeit leisten können.

- kommunale Beratungsstellen für Menschen mit Mietschulden oder in finanziellen Notlagen ausbauen.

- Kontakte zwischen Wohnungsunternehmen und Sozialamt verstärken, um Wohnraumverluste zu verhindern.

- eine mehrsprachige Informationskampagne zu bestehenden Hilfsangeboten machen

- den Übergang von der Unterbringung im Frauenhaus in eigenen Wohnraum

unterstützen.

- ausreichende Kosten der Unterkunft für Bezieher*innen entsprechender Transferleistungen sicherstellen.
- weitere städtische Mittel für die Mietschuldenübernahme zur Verhinderung von Zwangsräumungen bereitstellen.
- zusätzliche Not-Schlafunterkünfte für Menschen zwischen 18 und 21 Jahren anbieten.

Für Würde statt Not

Obdach- und Wohnungslosigkeit sind nicht das Resultat individueller Versäumnisse, sondern das Ergebnis sozialer Ungleichheit, Wohnungsnot und mangelnder sozialer Absicherung. Menschen, die auf der Straße leben oder in prekären Wohnverhältnissen unterkommen müssen, verdienen Respekt, Unterstützung und menschenwürdige Lebensbedingungen. Statt Ausgrenzung und Verdrängung braucht es nachhaltige Lösungen, die Betroffenen echte Perspektiven bieten. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Dortmund eine solidarische Stadt ist, die niemanden im Stich lässt und allen Menschen ein Dach über dem Kopf bietet.

Deshalb werden wir

- keine Verdrängung von obdach- und wohnungslosen Menschen aus dem Stadtbild durch Verbote oder menschenfeindliche Architektur (z. B. Anti-Obdachlosen-Bänke) akzeptieren.
- für Obdach- und Wohnungslose Bußgelder für das Campieren und das Übernachten im öffentlichen Raum sowie für das Übernachten auf Parkbänken (so genanntes Zweckentfremden von Sitzmöbeln) abschaffen.
- niedrigschwellige Nothilfeprogramme mit Fokus auf medizinischer Versorgung, chronisch und psychologischen Problemen und existenzieller Unterstützung initiieren.
- kostenlose, öffentliche und rund um die Uhr geöffnete Toiletten einrichten.
- die aufsuchende Sozialarbeit mit mehr Streetworker*innen stärken, insbesondere auch in den Bezirken.
- die Notschlafstellen menschenwürdig für alle einrichten und dabei

insbesondere die Vergaben an rein profitorientierten Trägerinnen (wie European Homecare) nach Möglichkeit beenden und in städtische oder gemeinnützige Trägerschaft überführen.

- adäquate Übernachtungsangebote für Jugendliche, junge Erwachsene, Frauen, alternde und pflegebedürftige Personen, drogengebrauchende und psychiatrisch auffällige Personen, die deren besondere Bedarfe abdecken.
- unabhängige Beschwerdemöglichkeiten in Gemeinschaftsunterkünften schaffen
- Notunterkünfte müssen allen unfreiwillig obdachlosen Menschen niedrigschwellig und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- zusätzliche Tagesaufenthalte einrichten.
- Unterbringungsmöglichkeiten mit Hundeplätzen ausbauen.
- Barrierefreiheit in Einrichtungen ausbauen.
- neben etablierten Notschlafstellen auch andere Formate mit Beratungsangeboten anbieten und bei Bedarf etablieren, z. B. Tiny Houses oder niedrigschwellige Unterbringungscontainer.
- die städtischen Vorhaltewohnungen insbesondere um kleine Wohneinheiten erweitern.
- einen städtisch finanzierten Wärmebus für die Wintermonate ins Leben rufen, der Platz zum Aufwärmen, warmes Essen und Hygienemöglichkeiten anbietet – und der als Kältebus für die Sommermonate Schutz vor Hitze, Trinkwasser und kühlende Aufenthaltsmöglichkeiten bereitstellt.
- ein Nothilfeprogramm für extreme Wetterlagen erstellen.
- ehrenamtlichen Hilfsangebote finanziell unterstützen.
- mehr Anlaufstellen für die Schuldnerberatung, Suchtberatung sowie für die Sozialberatung einrichten und insbesondere die Lücke bei der offenen Sozialberatung schließen.
- Ordnungskräfte für einen menschenwürdigen Umgang mit obdach- und wohnungslosen Menschen sensibilisieren.

Für Hilfe, die langfristig trägt

Akute Hilfsangebote sind wichtig, aber sie reichen nicht aus, um Obdach- und wohnungslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Wer einmal auf der Straße landet, hat oft große Schwierigkeiten, wieder in ein stabiles Leben zurückzufinden. Auf GRÜNE Initiative hat die Stadt Dortmund angelehnt an die Ziele der EU und des Bundes dazu das Ziel festgelegt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Wir setzen uns dafür ein, dass obdach- und wohnungslose Menschen langfristige Unterstützung bekommen – mit bezahlbarem Wohnraum, sozialer Begleitung und beruflichen Perspektiven. Unser Ziel ist es, Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht nur zu lindern, sondern strukturell zu verhindern.

Wir werden

- die Erarbeitung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplans zur Überwindung von Obdachosigkiet vorantreiben.
- mehr geförderten und bezahlbaren Wohnraum in Dortmund schaffen.
- die Umsetzung des "Housing First"-Konzepts durch qualifizierte Hilfsangebote begleiten und so einen langfristiges Verhindern der Obdachlosigkeit ermöglichen.
- mehr Übergangswohnungen mit sozialpädagogischer Betreuung anbieten, um den Übergang in ein eigenständiges Leben zu erleichtern.
- mehr berufliche Wiedereinstiegsprogramme und Qualifizierungsangebote für wohnungslose Menschen anbieten.
- geschützte Arbeitsplätze und Beschäftigungsangebote für wohnungslose Menschen schaffen.
- Qualifizierungs- und Umschulungsprogramme stärker fördern.